

waltungsorgane die Junker\* und Großgrundbesitzer entschädigungslos enteignet.<sup>17</sup> Landarbeiter, landlose und landarme Bauern und Umsiedler erhielten das Land als Eigentum.

Die entscheidende Orientierung für die revolutionäre Veränderung auf dem Lande hatte die KPD mit ihrem Aufruf „Demokratische Bodenreform“ vom 8. 9. 1945 gegeben. Die gesetzlichen Grundlagen bildeten Verordnungen der Landes- und Provinzialverwaltungen. Modellcharakter trug die Verordnung der Verwaltung der Provinz Sachsen vom 3. 9. 1945.<sup>18</sup> Darin wurden die Enteignung des gesamten landwirtschaftlichen Grundbesitzes der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten sowie des feudalen-junkerlichen Bodens und Großgrundbesitzes über 100 ha festgelegt und die Bildung neuer bzw. die Erweiterung bestehender kleiner Bauernhöfe in der Größenordnung von etwa 5 ha vorgesehen. 7160 Großgrundbesitzer und 4 537 aktive Faschisten und Kriegsverbrecher wurden enteignet. Nahezu 120 000 Landarbeiter und mehr als 90 000 Umsiedlerfamilien erhielten Land für eigene Wirtschaften. Über 125 000 landarme Bauern konnten ihre Wirtschaft erweitern. Charakteristisch für den Limwälzungsprozeß war eine hohe Aktivität und Verantwortung der Bauern, die als Mitglieder von Bodenreformkommissionen die notwendigen Entscheidungen trafen. In diesen Kommissionen waren 52 292 Arbeiter und Bauern tätig, die ihr Mandat auf allgemeinen Versammlungen der Landarbeiter, landarmen Bauern und Umsiedler erhalten hatten. Die Bodenreformkommissionen trugen den Charakter revolutionärer Machtorgane. Der Entwicklung neuer Beziehungen auf dem Lande dienten auch die geschaffenen Ausleihstationen für landwirtschaftliche Maschinen und die Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe. *Die demokratische Bodenreform war eine entscheidende Grundlage für ein stabiles Bündnis von Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft Sie verankerte die Volksmacht auf dem Lande.*

#### 2.1.1.5. Die Bildungs- und Schulreform

Mit der revolutionären Veränderung der Eigentumsstruktur in Industrie und Landwirtschaft gingen qualitative Veränderungen in allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens einher. Der Bildungs- und Schulreform kam dabei ein hervorragender Platz zu. Volkslehrer wurden rasch herangebildet und eingesetzt, und die Bildungs- und Erziehungsziele der Schule wurden neu bestimmt. Das bürgerliche Bildungsprivileg wurde gebrochen und der Aufbau der demokratischen Einheitschule in Angriff genommen. Zugleich ging es um demokratische Prinzipien der Leitung des Schulwesens bei aktiver Einbeziehung der Werktätigen. Gesetze zur Demokratisierung der Schule, die in den Monaten Mai und Juni 1946 in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone in weitgehender inhaltlicher Übereinstimmung beschlossen wurden, dienten der Förderung dieses Prozesses.<sup>19</sup>

**17** Vgl. Zur reaktionären Haltung der damaligen führenden CDU-Politiker Hermes und Schreiber: St. Doernberg, a. a. O., S. 64 f.

**18** Vgl. Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, a. a. O., S. 132 f.

**19** Vgl. a. a. O., S. 274 ff.